

Pflegegeld als Lohnersatz: Für Millionen eine echte Entlastung?

Bundesfamilienministerin Karin Prien will ein Pflegegeld als Lohnersatz einführen, um pflegende Angehörige finanziell zu entlasten.



Haldern, Deutschland - Die Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) setzt sich für die Einführung eines neuen Pflegegeldes ein, das als Lohnersatz für pflegende Angehörige dienen soll. Die Idee hinter diesem Vorschlag ist, die finanzielle Belastung für Millionen Menschen in Deutschland, die auf Pflege angewiesen sind, zu verringern. Prien argumentiert, dass Pflege nicht allein von Fachkräften geleistet werden kann und dass es wichtig ist, die pflegenden Angehörigen in ihrer wertvollen Arbeit zu unterstützen und anzuerkennen. In einem aktuellen Interview betont sie, dass die Schaffung dieser Sozialleistung in Anbetracht der demografischen Entwicklungen dringend erforderlich ist und geht davon aus, dass das Pflegegeld Millionen Menschen entlasten könnte. **Welt** berichtet, dass der

Koalitionsvertrag von Union und SPD tiefgreifende Reformen im Gesundheits- und Pflegebereich vorsieht. Dabei sind die genauen Details zur Umsetzung der neuen Sozialleistung noch unklar, zumal die wirtschaftliche Lage eine entscheidende Rolle bei der Einführung spielen wird.

Es gibt derzeit mehrere Vorschläge zur Gestaltung des Pflegegeldes, einschließlich der Bezugsdauer, der Höhe und einer sozialen Staffelung. Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, schlägt eine Ausgestaltung analog zum Elterngeld vor, das 65% des letzten Nettoeinkommens, mindestens jedoch 300 Euro und maximal 1.800 Euro betragen könnte. Michaela Engelmeier, Chefin des Sozialverbands Deutschland (SoVD), fordert eine sozial gestaffelte Lösung, um eine gerechte Unterstützung für alle pflegenden Angehörigen zu gewährleisten. Diese Vorschläge sind in der politischen Diskussion von großer Bedeutung, da sie die Grundlage für die Finanzierung und das Modell der neuen Sozialleistung darstellen könnten. **Zeit**

Demografische Herausforderungen und soziale Sicherungssysteme

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist ein weiterer entscheidender Faktor für die Diskussion um das Pflegegeld. Die Zahl der über 80-Jährigen wird voraussichtlich von 4,4 Millionen heute bis 2030 auf 6,4 Millionen steigen. Zudem wird einer Prognose zufolge knapp jeder dritte ältere Mensch an Demenz leiden, was die Nachfrage nach Pflegeleistungen weiter erhöhen könnte. Diese Entwicklungen haben nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung, sondern auch auf die sozialen Sicherungssysteme, die stark belastet werden. **bpb**

Markus Sutorius vom BIVA-Pflegeschutzbund warnt zudem vor den Armutsrissen, die für pflegende Angehörige bestehen, wenn diese ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder ganz aufgeben müssen, um Pflege zu leisten. Auch Gesundheitsökonom Jürgen Wasem äußert Bedenken, dass das

Pflegegeld neue Ungerechtigkeiten schaffen könnte, und fordert eine kritische Auseinandersetzung mit dem Modell. Trotz dieser Bedenken gibt es eine breite Unterstützung seitens der Sozialverbände für die Pläne von Prien, die die Unterstützung für pflegende Angehörige und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern sollen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Haldern, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.welt.de• www.zeit.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de